Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2502

16. 06. 88

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 22. Juni 1988

Verzeichnis der Fragesteller

Abgeordneter	*Nummer der Frage*
Antretter (SPD)	25, 26
Bachmaier (SPD)	17, 18
Baum (FDP)	39, 40
Dr. Blank (CDU/CSU)	14, 15
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	41, 42
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	24
Eigen (CDU/CSU)	3, 4
Engelsberger (CDU/CSU)	19, 20
Frau Garbe (DIE GRÜNEN)	29, 30
Grünbeck (FDP)	35, 36
Hinsken (CDU/CSU)	5, 6
Dr. Knabe (DIE GRÜNEN)	7, 8
Lowack (CDU/CSU)	21, 34
Dr. Nöbel (SPD)	9
Frau Oesterle-Schwerin (DIE GRÜNEN)	1, 2
Frau Olms (DIE GRÜNEN)	22
Reimann (SPD)	27, 28
Frau Dr. Segall (FDP)	37, 38
Stiegler (SPD)	23, 33
Frau Terborg (SPD)	10, 11
Tietjen (SPD)	16
Toetemeyer (SPD)	31, 32
Wüppesahl (fraktionslos)	12, 13

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

1. Abgeordnete
Frau Oesterle-Schwerin
(DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, daß von ihr zum Verkauf vorgesehene Siedlungen, wie z. B. die Neu-Ulmer Elefantensiedlung mit 372 Wohnungen und 1 500 Bewohnerinnen und Bewohnern, die sich im Neu-Ulmer Industriegebiet direkt gegenüber einem großen Möbelmarkt befindet, wenn sie von Sparkassen oder von einem Privatunternehmen gekauft werden, nach Ablauf der Kündigungsfrist von sechs Jahren abgerissen und das Gelände kommerziell genutzt wird, und welchen Einfluß würde der Verlust von preiswerten Wohnungen auf den Mietwohnungsmarkt haben, besonders der Verlust von 372 preiswerten Wohnungen auf den ohnehin sehr angespannten Neu-Ulmer Mietwohnungsmarkt?

2. Abgeordnete
Frau Oesterle-Schwerin
(DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Mehrausgaben an Wohngeld, die dadurch entstehen werden, daß die Mieterinnen und Mieter der Elefantensiedlung in Neu-Ulm und anderer Wohnungen im Bundesbesitz, deren Verkauf geplant ist, keine entsprechend preiswerte Wohnung finden und dadurch auf Wohnungen angewiesen sein werden, die ihre finanziellen Möglichkeiten übersteigen, langfristig höher sein werden als der Reingewinn, den die Bundesregierung durch den Verkauf der Siedlung in Neu-Ulm und anderen Orten zu erwarten hat, und welcher Schaden würde der Bundesrepublik Deutschland entstehen, wenn die Bundesregierung auf den Verkauf der Siedlung in Neu-Ulm und anderen Orten verzichten würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in der Lage festzustellen, inwieweit die anderen elf Länder der Europäischen Gemeinschaft gesetzgeberische Maßnahmen getroffen haben, damit die Flächenstillegung – Beschluß des Gipfels vom 11./12. Februar 1988 – auch in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft termingerecht für die Sommer-/Herbst-Bestellung 1988 durchgeführt werden kann?

4. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung in Brüssel einzuleiten, um den Weideabtrieb 1988 so sicherzustellen, daß der Markt für Rindfleisch sich vernünftig entwickeln kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

5. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Welche Chancen sieht die Bundesregierung für die Bauweise mit dem Ifanorm-System, und wie beurteilt sie diese Bauweise der System-Holzhäuser?

6. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung grundsätzlich die Marktentwicklung für die System-Holzhäuser in der Bundesrepublik Deutschland, und welchen Marktanteil halten diese Häuser?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

7. Abgeordneter **Dr. Knabe** (DIE GRÜNEN)

Wie ist der Stand des für den Schutz der Erdatmosphäre wichtigen Forschungsprogrammes Tropenwaldökologie, insbesondere im Hinblick auf die von der argentinischen Regierung angebotene Zusammenarbeit in der Forschungsstation im Nationalpark Iguazú?

8. Abgeordneter **Dr. Knabe** (DIE GRÜNEN)

Liegt der Bundesregierung ein Angebot der argentinischen Regierung vor, daß bei der Realisierung gemeinsamer Arbeiten in der Station in Iguazú auch alle anderen Nationalparks in Argentinien für Forscher aus der Bundesrepublik Deutschland zugänglich wären, und wie verläuft die Koordinierung von Verhandlungen und der Forschungsplanung zwischen den u. U. beteiligten Ressorts Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

9. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)

Haben neben dem Bundespresseamt auch andere Bundesministerien bzw. nachgeordnete Behörden gegenwärtig oder seit dem Antritt der Regierung Kohl Vereinbarungen mit einer Medienagentur gegen Zahlung eines entsprechenden Entgeltes vereinbart, wonach diese Agenturen redaktionelle Beiträge in den Medien (Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen) initiieren sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

10. Abgeordnete **Frau Terborg** (SPD)	Ist die Bundesregierung von der Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen der CDU in Niedersachsen (OMV) aufgefordert worden, „unzutreffende Landkarten" aus den Botschaften im Ausland zu entfernen, da diese Karten „lediglich die Bundesrepublik und die DDR zeigen"?
11. Abgeordnete **Frau Terborg** (SPD)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung der OMV, und beabsichtigt sie, dem Ersuchen der Vereinigung nachzukommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordneter **Wüppesahl** (fraktionslos)	Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Weiterleitung von Personendaten aus den Paß- und Melderegistern der Gemeinden an die Verfassungsschutzämter – also nicht die Weiterleitung von Verfahrensabläufen – noch in Übereinstimmung mit der Substanz der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung zum Bereich des Datenschutzes geschieht, wenn diese Gemeinden nicht verpflichtet oder auf Anfrage berechtigt sind, die Weitergabe der Daten den betroffenen Bürgern und Bürgerinnen mitzuteilen?
13. Abgeordneter **Wüppesahl** (fraktionslos)	Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über Gruppierungen Jugendlicher, die unter der Bezeichung „Heimatschutz" auftreten, und zwar bezüglich der Mitgliederzahl, des Alters, der sozialen Gruppenzugehörigkeit, den Zielen, der Ausrüstung, den Hintermännern, der Verteilung solcher Gruppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland?
14. Abgeordneter **Dr. Blank** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß für den Erfolg der Volkszählung ein wesentlich höherer Aufwand bei den kommunalen Erhebungsstellen erforderlich war, als man bei der Verabschiedung des Volkszählungsgesetzes und Festsetzung des Bundeszuschusses angenommen hatte?
15. Abgeordneter **Dr. Blank** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend den gestiegenen Kosten von durchschnittlich 6,08 DM auf 9,90 DM je Einwohner, das sind 63 v. H., den Bundeszuschuß zu erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

16. Abgeordneter **Tietjen** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß die Zahl der Telefonüberwachungen nach §§ 100 a, 100 b StPO von 1979 bis 1987 in der Bundesrepublik Deutschland von 443 auf 1 671, also um fast 400 %, gestiegen ist?

17. Abgeordneter **Bachmaier** (SPD)

Worin bestehen im einzelnen die Differenzen zwischen dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Bundesminister der Justiz hinsichtlich des Berichtes der interministeriellen Arbeitsgruppe zur Reform des Umwelthaftungsrechtes?

18. Abgeordneter **Bachmaier** (SPD)

Welche inhaltlichen Schwerpunkte werden die Vorschläge der Bundesregierung zur Fortschreibung des Umwelthaftungsrechtes haben, und wann ist mit deren Vorlage zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

19. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung, daß die Einspeisepreise für elektrischen Strom aus umweltfreundlichen, regenerativen Energiequellen ebenso zu behandeln seien wie bei fossilen Brennstoffen, obwohl bekannt ist, daß die Schadstoffemissionen durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe jährlich Schäden in Millionenhöhe verursachen, und zwar durch die Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit, durch Zerstörung an Gebäuden, durch Schädigung der Natur (Waldsterben) und durch zu befürchtende Klimaveränderungen?

20. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Wie begründet angesichts dieser Tatsachen die Bundesregierung die Subventionierung der Steinkohle mit jährlich ca. 19 Milliarden DM, während andererseits umweltfreundliche und regenerative Energien in Zukunft keine Förderung erfahren, obwohl diese ebenfalls eine wichtige nationale Energiereserve darstellen?

21. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Trifft es wirklich zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, die Anhebung der Mineralölsteuer, nicht aber auch gleichzeitig eine Belastung des Erdgaspreises zu initiieren, so daß in erster Linie die Sowjetunion, die Niederlande und Norwegen zu Lasten der deutschen Verbraucher und der deutschen Mineralölwirtschaft profitieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

22. Abgeordnete **Frau Olms** (DIE GRÜNEN)	Trifft es zu, daß auch an der diesjährigen 19. Jahreskonferenz des Fraunhofer-Instituts für Treib- und Explosivstoffe in Karlsruhe neben Vertretern der bundesdeutschen Rüstungsforschung auch wieder südafrikanische Rüstungsforscher teilnehmen, und gilt in diesem Zusammenhang weiterhin die in gleicher Fragestellung geäußerte Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach: „Ein freier Austausch wissenschaftlicher Forschungsergebnisse mit allen Ländern liegt im Interesse der Bundesrepublik Deutschland" (Drucksache 10/1101 Frage 58)?
23. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)	Wird die Bundesregierung im Hinblick auf die Ablehnung bei der Bevölkerung auf die Erweiterung des Übungsplatzes in Roding verzichten und Kapazitäten an anderen Standorten nutzen, die im Zuge der Heeresstrukturreform freiwerden?
24. Abgeordnete **Frau Eid** (DIE GRÜNEN)	Hält die Bundesregierung die Teilnahme südafrikanischer Militärs und Rüstungswissenschaftler an der vom 29. Juni bis 1. Juli 1988 in Karlsruhe stattfindenden Jahrestagung des Fraunhofer-Instituts für Treib- und Explosivstoffe für vereinbar mit der völkerrechtlich verbindlichen UNO-Resolution 418 (1977), oder betrachtet sie die angekündigte Teilnahme von Somchem-Vertretern als Verstoß gegen Geist und Buchstaben dieser Resolution?
25. Abgeordneter **Antretter** (SPD)	Darf die Bürgerschaft der Stadt Schwäbisch Gmünd und der Gemeinde Mutlangen davon ausgehen, daß, nachdem insgesamt über zwanzig Jahre Pershing-Atom-Raketen „vor ihrer Haustüre" standen, die militärischen Belastungen im Anschluß an den stufenweisen Abzug der Pershing-Raketen reduziert und vor allem keine ABC-Waffensysteme stationiert werden?
26. Abgeordneter **Antretter** (SPD)	Ist die Bundesregierung bereit, bei den entsprechenden amerikanischen Stellen darauf hinzuwirken, daß auf Grund der Wohnbebauung in Schwäbisch Gmünd und Mutlangen den Sicherheitsbelangen der Bevölkerung sowohl bei der Lagerung wie bei der Zu- und Abfahrt von Waffen und Munition zum Pershing-Depot Rechnung getragen und auf die Stationierung von Kettenfahrzeugen auf Grund der dichten Besiedelung ganz verzichtet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

27. Abgeordneter **Reimann** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld generell von sechzehn auf achtzehn Jahre ohne Antragsüberprüfung heraufzusetzen, um dadurch den Arbeitsämtern jährlich 1,8 Millionen Überprüfungen von Kindergeldanträgen für Kinder, die zwischen sechzehn und achtzehn Jahre alt sind und die sich in der Ausbildung befinden, zu ersparen?

28. Abgeordneter **Reimann** (SPD)

Trifft es zu, daß sich durch die zukünftige verlängerte Zivildienstdauer der Studienbeginn von Zivildienstleistenden um bis zu zwei Semester verzögern kann, und wie gedenkt die Bundesregierung in diesem Falle die Chancengleichheit von Wehrdienstleistenden und Zivildienstleistenden wiederherzustellen?

29. Abgeordnete **Frau Garbe** (DIE GRÜNEN)

Welche Leistungen des Bundesgesundheitsamtes und insbesondere des Instituts für Wasser-, Boden-, Lufthygiene wurden für Einnahmen des Bundesgesundheitsamtes aus Aufträgen Dritter auf dem Gebiet des Gesundheitswesens (1986 3,9 Millionen DM Ist, 1987 und 1988 je 1,02 Millionen DM Soll) für welche Auftraggeber unter Berücksichtigung auch außerplanmäßiger Einnahmen in den Jahren 1987 und 1988 erbracht?

30. Abgeordnete **Frau Garbe** (DIE GRÜNEN)

Wofür und bei Anschaffung an wen wurden diese Mittel im einzelnen ausgegeben, und wo und in welcher Form ist die Zweckbindung dieser Mittel, wie sie die Bundeshaushaltsordnung vorschreibt, im Haushaltsplan erfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

31. Abgeordneter **Toetemeyer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß seit Beginn des Sommerfahrplans bei der Deutschen Bundesbahn, insbesondere im Intercity-Zugverkehr, chaotische Verhältnisse herrschen, die sich u. a. darin ausdrücken, daß die Verspätungen zur Regel geworden und die Kunden wegen fehlenden Platzangebotes gezwungen sind, lange Strecken in den Zügen zu stehen?

32. Abgeordneter **Toetemeyer** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für eine Erhöhung der Attraktivität der Deutschen Bundesbahn (DB), wenn sich mit Inkrafttreten des Sommerfahrplans die Fahrzeiten der Intercity-Züge – etwa auf der Strecke Dortmund—Bonn um vier

Minuten – verlängert haben, und in welcher Weise gedenkt sie, auf den Vorstand der DB einzuwirken, um die dargestellten, die Kunden zu Recht verärgernden Umstände abzustellen?

33. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn im Zonenrandgebiet (vgl. Untersuchungsarbeit der Bundesbahndirektion Nürnberg) nach der Auflassung von Wagenladungstarifpunkten für den Güterverkehr jetzt auch zahlreiche Reisezughalte einstellen wird, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Bundesbahnstruktur für das Zonnenrandgebiet gegenüber solchen Plänen zu erhalten?

34. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß –im Rahmen der fortbestehenden Verantwortung der westlichen Schutzmächte für Berlin – in Zukunft auch andere Fluggesellschaften, z. B. auch die Deutsche Lufthansa, in den Berlin-Flugverkehr einbezogen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

35. Abgeordneter **Grünbeck** (FDP)

Wie definiert die Bundesregierung die Begriffe „Deponie" und „Altlasten", und an wie vielen Standorten gibt es schätzungsweise Probleme insbesondere für Grundwasser und Boden durch undichte Deponien und/oder Altlasten?

36. Abgeordneter **Grünbeck** (FDP)

Welche Dringlichkeit sieht die Bundesregierung, undichte Deponien und Altlasten festzustellen, zu sanieren und gegebenenfalls zu beseitigen, und mit welchen technischen Mitteln in welchem Zeitraum soll dies geschehen?

37. Abgeordnete **Frau Dr. Segall** (FDP)

Wie hoch werden die Kosten für die Sanierung undichter Deponien und die Beseitigung von Altlasten geschätzt?

38. Abgeordnete **Frau Dr. Segall** (FDP)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Lösung des Altlasten-/Deponie-Problems durch eine Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen in den Aufgabenfeldern Forschung und Entwicklung, Planung und Erfassung, Ausführung und Finanzierung und durch Pilotprojekte des Bundes?

39. Abgeordneter
Baum
(FDP)

Welche Probleme ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung durch vorhandene Schadstoffbelastung des Bodens, von Baugrundstükken oder bereits bebauten Grundstücken, und welche Lösungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung?

40. Abgeordneter
Baum
(FDP)

Welche Hindernisse ergeben sich durch hohe Schadstoffbelastung von Böden für den Strukturwandel in strukturschwachen Regionen, wie beispielsweise dem Ruhrgebiet und dem Saarland, und wie können diese überwunden werden?

41. Abgeordneter
Dr. Daniels (Regensburg)
(DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Baukosten für die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf (WAA) selbst nach Angaben der Betreibergesellschaft DWK die Zehn-Milliarden-DM-Grenze bereits überschritten haben und damit die Kostenschätzungen des Jahres 1986 um das Doppelte übersteigen, und beurteilt sie die von der DWK mit einer Milliarde DM angegebenen Kosten für die sogenannte Krypton-Rückhalte-Einrichtung nicht auch als Versuch, in dieser Summe unvorhergesehene oder bislang verschwiegene Kostensteigerungen zu verbergen?

42. Abgeordneter
Dr. Daniels (Regensburg)
(DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung, daß angesichts des immer offensichtlicher werdenden Wirkungszusammenhangs zwischen dem Einsatz von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) und der Zerstörung der Ozon-Schicht bei der sogenannten Krypton-Zurückhaltung bei der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf große Mengen FCKW eingesetzt und freigesetzt werden sollen, und von welchem Mengenumsatz pro Jahr geht sie dabei aus?

Bonn, den 16. Juni 1988

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333